

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist abends 10 Uhr in der Druckerei des Verlegers erschienen. Preis 1. 50 J., bei Bestellung im Voraus 1. 70 J., bei allen Postämtern 1. 50 J. einschließlich Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer per Postsendung 6587.

Verantwortliche Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Verantwortlicher: **Stierand**

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die vierspaltige Kopfzeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringerer Inseratenbetrag 40 J. Für Wiederholung eingetragener Nummern keine Gebühr.

Inserate zum bevorstehenden Jahrmarkt bitten wir uns baldmöglichst aufzugeben.

Das Neueste vom Tage.

Unser Reichstagsabgeordneter Herr Gräfe brachte bei der gestrigen Beratung der Reichsverfassung eine Reihe Mittelstandswünsche zum Ausdruck. (Siehe Reichstagsbericht.)

Die sächsische Zweite Kammer verabschiedete am Dienstag das Gesetz über die Neuordnung der Verteilung der Schuldotationen. (Siehe Landtagsbericht.)

Die Wahlrechtskommission des preussischen Herrenhauses hat die Vorlage in der Gesamtsitzung mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Hauptstelle und der Verein Deutscher Arbeitgeverbände erließen eine Erklärung, in der sie ausrichten, daß das Vorgehen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe berechtigt gewesen sei. (Siehe Sonderartikel.)

Der deutsche Aviatiker Grabe verfehlte in Riga die Landungsstelle und stürzte ab. Der Apparat wurde stark beschädigt. (Siehe Drahtnachrichten.)

Der Offizier eines französischen Postens an der Grenze des Sudangebotes hat eine türkische Karawane angehalten und über 20 Kameelreiter töten lassen. (Siehe Balkan.)

Massenstreik.

In sozialdemokratischen Kreisen spielt man wieder einmal mit dem Gedanken des Massenstreiks und möchte nur zu gern die stolzen Worte „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will“ ins tatsächliche übersehen. Dieses Unternehmen ist um so frevelhafter, als man in den breiten Massen der Bevölkerung augenscheinlich keine Ahnung davon hat, was ein derartiger Massenstreik bedeutet und welche großen Opfer er während seiner Dauer und ganz besonders auch nach seiner Beendigung den Arbeitern auferlegt; denn daß die vorhandenen Mittel bald aufgebraucht sein werden, unterliegt keinem Zweifel. Mögen die sozialdemokratischen Massen noch so sehr gefüllt sein — für die Summen, die ein Generalstreik kostet, reichen sie nicht aus. Man rechnet in sozialdemokratischen Kreisen auf rund 1 1/2 Millionen Streikender, deren Unterhalt in jeder Woche, bei einer Streikunterstützung von 16—20 M auf den Kopf, allein 24—30 Millionen Mark verschlingen würde. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß, wenn ein wirklicher Massenstreik zustande kommen würde, er nicht auf diese 1 1/2 Millionen Köpfe beschränkt bleiben, sondern die Arbeitslosigkeit von dem finanziell gut gerüsteten und entschlossenen Unternehmertum durch Aussperrungen, um dem Streik und der durch den Streik gefährdeten inneren Lage möglichst schnell ein Ende zu machen, bald auf weitere Kreise ausgedehnt werden würde.

Daß es der Sozialdemokratie mit dem Gedanken des Massenstreiks ernst ist, beweisen die verschiedenen kleineren, teilweise auf Stunden beschränkten Streiks, die die Sozialdemokratie bereits in Kiel und anderen Orten versuchsweise angeordnet hat, um die Arbeiterschaft an diese Kampfform zu gewöhnen und ihren Kampfesmut aufzustacheln. Das tun auch die sozialdemokratischen Zeitungen, indem sie diese kleinen, bedeutungslosen Ausstände als weltbewegende Ereignisse hinstellen und als glänzend gelungen bezeichnen. Außerdem bemühen sie sich, nachzuweisen, daß der Massenstreik unvermeidlich und es daher die dringende Aufgabe der Arbeiterschaft sei, sich darauf in entsprechender Weise vorzubereiten.

Angesichts derartiger weitreichenden und kostspieligen Pläne werden die Sozialdemokraten in Zukunft nicht mehr das Märchen von dem wirtschaftlichen Elend der Arbeiterklasse aufrecht erhalten können. Denn wenn sie bereit und in der Lage sind, für einen sicher wirkungslos verpuffenden Generalstreik ungezählte Millionen zu opfern, die doch alle aus einzelnen Arbeitergruppen aufgebracht sind, kann man von einem wirtschaftlichen Notstand der Arbeiter nicht sprechen, weil sonst diese Millionen doch für andere Zwecke, nämlich für die Vinderung des Notstandes, verwendet werden müßten. Diese Aufgabe aber überläßt die deutsche Sozialdemokratie der bürgerlichen Gesellschaft und der Sozialpolitik des Staates, durch die die Arbeiter unter allen Umständen vor der äußersten Not sicher gestellt sind. Ja, man kann sagen, daß diese große soziale Gesetzgebung, durch welche jährlich viele hunderte von Millionen vom Staat wie von dem Unternehmertum zugunsten der Arbeiterschaft aufgebracht werden, der Sozialdemokratie es überhaupt erst ermöglicht, mit den von ihr den Arbeitern durch ein fein ausgearbeitetes Schröpfverfahren abgenommenen Millionen eine derartige leichtfertige Politik zu treiben.

Das ist übrigens nicht erst eine Erkenntnis von gestern. Wenn trotzdem weder Staat noch Unternehmertum bisher von dieser Politik zurückgekommen sind, durch die die Arbeiterschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch gestärkt wird, so beweist das einen aufopfernden Idealismus, der in der Welt vielleicht einzig dasteht. Andererseits verleiht diese soziale Opferwilligkeit dem Bürgertum aber auch ein gutes Gewissen. Dieses wird es in den Stand setzen, etwaigen sozialdemokratischen Kraftproben entschieden entgegenzutreten und bei den voraussetzlichen Unruhen, die bei derartigen Massenstreiks erfahrungsgemäß unvermeidlich sind, die Machtmittel des Staates zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nachdrücklich anzuwenden.

Zum Kampf im Baugewerbe.

In einer Sitzung der Leipziger Arbeitgeber des Baugewerbes wurden Auslassungen von Arbeitern zur Sprache gebracht, die darüber klagen, daß sie nicht vollkommen unterrichtet worden seien bezüglich der Forderungen, der Herabsetzung des Lohnes, das Heraussetzen der Zeit usw. Es ist dem Arbeitgeber-Verband aber,

wie in der Versammlung geltend gemacht wurde, gar nicht eingefallen, die Arbeiter im Unklaren zu lassen. Die Taktik der Arbeiter-Führer im ganzen Deutschen Reich aber sei es gewesen, die Arbeiter von einer rechten Aufklärung seitens des Verbandes fernzuhalten. Mit Bestimmtheit pflichtete man in der Versammlung dem Wunsche bei, den Materiallieferanten gegenüber, die jetzt die Verbandsmitglieder unterstützen, sich in der Weise erkenntlich zu zeigen, daß sie alle übereinstimmend die ihnen freundlich gesinnten Lieferanten auf eine Reihe von Jahren hinaus zu unterstützen. Ohne irgend welchen Zwang nach irgend einer Seite ausüben zu wollen, sprach man sich dahin aus, in Zukunft überhaupt nur noch von solchen Lieferanten zu beziehen.

Der Kampf wird übrigens nicht einheitlich durchgeführt, woraus man die Hoffnung schöpft, daß er nicht erst beigelegt werden wird, wenn es zu spät ist, d. h. nachdem unwiderbringliche Werte verloren gegangen sind. Nach den neuesten Meldungen ist die Zahl der Streikenden mit über 200 000 doch wesentlich zu hoch gegriffen. Während die schon perfekt gewesene Einigung in Magdeburg wieder in die Brüche ging, fanden z. B. in Bremen, Neumünster, etwa der Hälfte der brandenburgischen Städte, zahlreichen süddeutschen Orten usw. überhaupt keine Aussperrungen statt. In Königsberg, Frankfurt a. M. und anderen Orten nahm nur ein Drittel der Arbeitgeber Aussperrungen vor. In Nürnberg und München hat nur die Hälfte der Unternehmer die Arbeiter entlassen. Die vier in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen, die Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und baugewerblichen Hilfsarbeiter und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter wenden sich jetzt mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit, in der sie zunächst eine Darstellung des bisherigen Zusammenarbeitens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der korporativen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geben. Nachdem dann auf die Vorgeschichte des jetzigen Kampfes eingegangen ist, wird die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu den Fragen des Streites des Näheren charakterisiert.

In Trier, auf der Baustelle der Eisenbahnwerkstätte, kam es zu Ausschreitungen. Nichtorganisierte entlassene Bauarbeiter demolierten eine Bauhütte und den Kontinenraum. Damit werden praktische Erfolge nicht erzielt, eher wird verwerflichen Scharfmacher-Bestrebungen der Weg gebnet.

Es liegen heute noch folgende Meldungen vor: Berlin, 20. April. Die Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände erließen gestern eine Erklärung, in der sie anerkennen, daß das Vorgehen des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe berechtigt gewesen sei und daß den immer weiter gehenden Ansprüchen und Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auch einmal der berechtigte Standpunkt des Arbeitgebers entgegenzusetzen werden müsse. Die im Kampfe befindlichen Arbeitgeber des Baugewerbes seien hiernach der tatkräftigen Unterstützung der übrigen organisierten Arbeitgeber von Industrie und Gewerbe sicher.